

Resolution

Für starke Gymnasien – Gegen Bildungsabbau und Leistungsfeindlichkeit

Vertreterversammlung warnt vor gefährlichem Weg in die Einheitsschule

Die Vertreterversammlung des Philologenverbandes Niedersachsen wendet sich entschieden gegen die Absicht der Landesregierung, durch die Schulgesetznovelle die Schulformen des gegliederten Schulwesens zu verdrängen und Niedersachsen zu einem Gesamtschulland zu machen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung vom 4. November 2014 dient nach Auffassung der Delegierten ausdrücklich der Umsetzung bildungspolitischer Ziele, wie sie in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen niedergelegt sind. Als Schwerpunkte werden neben der grundsätzlichen Rückkehr zum neunjährigen Bildungsgang bis zum Abitur die Weiterentwicklung der inklusiven Schule und die Möglichkeit für die Schulträger genannt, Integrierte Gesamtschulen auch „ersetzend“ anstelle der Schulen des gegliederten Schulwesens zu errichten.

Zudem sieht der Gesetzentwurf vor, dass

- Gesamtschulen künftig organisatorisch mit Grundschulen zusammengefasst werden können,
- die Förderschulen in den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache auslaufen,
- die bisherige Schullaufbahnpflicht am Ende der Grundschulzeit entfällt und
- der jahrgangsübergreifende Unterricht in Klasse 3 und 4 ermöglicht wird.

Die Vertreterversammlung des Philologenverbandes Niedersachsen begrüßt ausdrücklich die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren am Gymnasium als eine zwingend erforderliche Maßnahme, um Anregungen und Kritik aus weiten Teilen der Gesellschaft zu entsprechen.

Die Vertreterversammlung des Philologenverbandes Niedersachsen kritisiert aber aufs Schärfste alle Vorhaben, die den Bestand der Gymnasien und seinen Bildungsauftrag gefährden sowie Leistungserhebungen und -feststellungen für den Bildungserfolg nachrangig werden lassen.

Nach Auffassung der Delegierten ist es erklärtes Ziel der Landesregierung, Noten weitgehend abzuschaffen und durch Lernentwicklungsberichte zu ersetzen, neue Formen der Leistungsbewertung einzuführen sowie Leistungsanforderungen zu reduzieren und Klassenwiederholungen und Überweisungen an andere Schulformen auch bei erwiesener Überforderung noch weiter einzuschränken und zugleich die Gymnasien zu verpflichten, alle Schüler

zu einem Abschluss innerhalb des Gymnasiums zu bringen. Ziel dieser Maßnahmen ist es demnach, ebenfalls möglichst „langes gemeinsames Lernen“, unabhängig von den intellektuellen Voraussetzungen, zu schaffen.

Demnach lässt sich feststellen, dass diese von Rot-Grün geplanten Maßnahmen im Rahmen der Schulgesetznovelle das Gegenteil von dem bewirken werden, was Ministerpräsident Weil in seiner Regierungserklärung versprochen hatte. So werden Leistungsabbau, das Zurückdrängen und die innere Aushöhlung des Gymnasiums sowie insgesamt eine geringere Qualität der niedersächsischen Schule Folgen dieser verhängnisvollen Entwicklung in unserem Schulwesen sein.

Rot-grün programmiert durch eine verfehlte Politik den Leistungsverfall im staatlichen Schulwesen. Es ist absehbar, dass deshalb künftig Eltern, die über entsprechende finanzielle Möglichkeiten verfügen, ihre Kinder zunehmend auf elitäre Privatschulen schicken. Damit würde das Elterneinkommen zum entscheidenden Faktor für schulisches und letztlich berufliches Fortkommen.

Die Vertreterversammlung des Philologenverbandes Niedersachsen fordert die Landesregierung und die Regierungskoalition abschließend auf, ihren Beitrag zum Schulfrieden zu leisten, indem sie ihren ideologisch motivierten Weg in die Integrierte Gesamtschule für alle aufgeben und alle Maßnahmen unterlassen, die die Qualität des Bildungsstandortes Niedersachsen gefährden, wie das die Folge des jetzt vorgelegten Gesetzentwurfes sein wird.

Andernfalls sieht sich der Philologenverband Niedersachsen gezwungen, aus gesamtgesellschaftlicher Verantwortung allen Versuchen, ein leistungsfähiges Schulwesen in Niedersachsen zu zerstören, entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen.

Goslar, November 2014